

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 958 Anfrage Schnydrig Monika und Mit. über den völlig überraschenden Geburtenrückgang in der Schweiz / Gesundheits- und Sozialdepartement

Monika Schnydrig ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Monika Schnydrig: Der historische Rückgang der Geburtenrate 2022 in der Schweiz um über 10 Prozent liegt daran, dass junge Paare in diesen schwierigen Zeiten freiwillig auf Nachwuchs verzichtet haben. Das ist die These von Swissmedic und vieler Medien. Sie kann aber nicht stimmen, schreibt der Gesundheitsökonom Konstantin Beck, Titularprofessor an der Universität Luzern, denn auch wenn die Anzahl der Lebendgeburten zurückgeht, geht die Anzahl der Schwangerschaften nicht zurück. Das zeigt das Beispiel Deutschland. Dort liegt der Einbruch der Geburtenrate bei 8 Prozent. Dem geht aber keine nennenswerte Veränderung der Schwangerschaften voraus. Leider haben wir in der Schweiz kein vergleichbares zentrales Zahlenmaterial. Aber aus der Schlussfolgerung, dass es keine Abnahme der Schwangerschaften gibt, aber drastisch weniger Geburten, folgern Konstantin Beck und auch ich, dass die Zahl der Spontanaborte und Totgeburten angestiegen sein muss. Die Impfung als Ursache des Geburtenrückgangs sei die einzige Erklärung, welche durch die bisher bekannten Daten nicht infrage gestellt werden könne und deshalb dringend untersucht werden müsste. So lauten die Aussagen von Konstantin Beck. Das war auch der Impuls für meine Anfrage. Ein so grosser, überraschender Geburtenrückgang in einem Land ist eine gesellschaftspolitische Herausforderung. Im Jahr 2020 hat das Bundesamt für Statistik seine aktualisierten Szenarien für die Bevölkerungsentwicklung der Schweiz vorgelegt. Als am wahrscheinlichsten wurde das Szenario vorgestellt, dass auf die Fortsetzung der Entwicklung der letzten Jahre gebaut werden könne. Damit könne in der Schweiz auf soliden Grundlagen weiter geplant werden – so weit die Hoffnung. Die Realität sieht aber ganz anders aus. Für die Jahre 2022 und 2023 fehlen im Sommer voraussichtlich fast 20 000 Geburten, um das Szenario Wirklichkeit werden zu lassen. Die Gründe für den Geburtenrückgang liegen nach wie vor im Dunkeln. Die Behörden stellen wilde Mutmassungen an, die aber einer näheren Überprüfung nicht standhalten. Gleichzeitig weigern sie sich nach wie vor beharrlich, einer möglichen Spur zu folgen, denn der Baby-Gap verläuft komischerweise nachweislich parallel zum Fortschritt der Covid-19-Impfung. Pfizer-Files dokumentieren Schäden an Eierstöcken und der Plazenta und dass die Menstruationszyklen betroffen sind. Einzelne Inhaltsstoffe der mRNA-Injektionen verteilen sich – anders als früher behauptet – im ganzen Körper. Swissmedic schreibt aber bis heute, dass der Impfstoff keinen Einfluss auf die Fruchtbarkeit hat und es beim Stillen keine negativen Auswirkungen auf das Kind oder die Mutter gibt. Wo

stehen wir nun? Wir haben definitiv einen überraschend hohen Geburtenrückgang trotz keinen nennenswerten Veränderungen bei den Schwangerschaftszahlen. Das hat gesellschaftspolitisch grosse Konsequenzen und bringt schwierig zu lösende Probleme. Das hat mit den getroffenen Massnahmen und Empfehlungen von Bund und Kantonen während der letzten drei Jahre zu tun. Deshalb ist es doch mehr als nur legitim, genau hinzuschauen und die Gründe zu untersuchen, und zwar in alle erdenklichen Richtungen, denn nur so kommen wir zu einem Erkenntnisgewinn und können in einem ähnlichen nächsten Szenario evidenzbasierter und punktueller handeln. Das wollen wir doch alle. Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun.

Luca Boog: Die Mitte-Fraktion teilt die Meinung der Regierung. Geburtenrückgänge sind nicht erst seit den Pandemie Jahren ein sichtbares Phänomen. Bereits in den Vorjahren ist im Kanton Luzern, aber auch national die Anzahl der Neugeborenen zurückgegangen. Diesen Trend sieht man auch über die Landesgrenze hinaus, beispielsweise in unseren Nachbarländern Deutschland und Österreich. Das Phänomen hat aber nichts mit der Covid-19-Impfung zu tun. Die Regierung hat in ihrer Stellungnahme eine Studie der Boston University zitiert, bei der herausgefunden wurde, dass die Covid-19-Impfung auf die Fruchtbarkeit von Paaren mit Kinderwunsch keinen Einfluss hat. Das bestätigt auch Swissmedic, welche gemeinsam mit zehn Partnerorganisationen die Thematik der Fruchtbarkeit im Zusammenhang mit der Covid-19-Impfung überprüft hat. Die dabei angefragten Arzneimittelbehörden decken eine Bevölkerungsgruppe von rund 800 Millionen Menschen ab. In keinem der angefragten Länder gibt es aktuell Anzeichen auf negative Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit wegen der Covid-19-Impfung. Vielmehr ist der übermässig starke Geburtenrückgang im Jahr 2022 ein Phänomen, das auf die weltweite Krise zurückzuführen ist. Immer wenn es gekriselt hat, ist die Geburtenrate massiv gesunken, so beispielsweise in den Jahren während des Ersten Weltkrieges oder bei der Finanzkrise 2008. Wie man sieht, ist der übermässig starke Rückgang von Neugeborenen im Jahr 2022 nicht auf die Covid-19-Impfung zurückzuführen, sondern auf die geopolitische Weltlage. Schweizerinnen und Schweizer und insbesondere die Luzernerinnen und Luzerner sind bei der Familiengründung sensibel und zurückhaltend, wenn es kriselt und unsichere Zeiten anstehen. Wenn man also die Lust der Luzernerinnen und Luzerner auf die Familiengründung wirklich wieder ankurbeln will, so ist es unsere Aufgabe, sichere Rahmenbedingungen zu schaffen, damit junge Menschen wieder Familien gründen, sei es beispielsweise mit bezahlbaren Kitaplätzen und der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder indem wir es endlich schaffen, die explodierenden Gesundheitskosten zu stoppen. Wir freuen uns, wenn die SVP-Fraktion uns bei diesen Vorhaben zukünftig unterstützt, damit junge Menschen im Kanton Luzern wieder sicher eine Familie gründen können.

Urs Christian Schumacher: Als Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin injiziere ich jährlich Tausende von Impfdosen. Ich bin also sicher kein Impfgegner. Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Impfhaltung ist eine umfassende und faktenbasierte Information des Patienten über Nutzen und mögliche Risiken. Bei den mRNA-Impfungen standen und stehen der Ärzteschaft solche Daten nicht hinreichend zur Verfügung. Der entstandene Zeitdruck liess eine ordentliche Studiengrundlage und vor allem mittel- und langfristige Daten zu Wirksamkeit, Verträglichkeit und Nebenwirkungen nicht zu, ein Umstand, der sachgemäss mit nicht vorhersehbaren Risiken verbunden sein kann. Entsprechend werden die Impfeempfehlungen auch laufend revidiert. Aktuell wird vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine Covid-19-Impfung nur noch für Risikogruppen ab 16 Jahren empfohlen. Dagegen wird in der Öffentlichkeit zunehmend von Impffolgen berichtet. Leistungseinbussen, Herzmuskelentzündungen, Herzinfarkte und plötzliche, unerwartete Todesfälle bei jungen

und bisher gesunden Menschen sind nur die Spitze des vermuteten Eisbergs. In einer peer-reviewten Studie der Universität Basel zeigten nach der Booster-Impfung 2,8 Prozent der gesunden Spitalangestellten Zeichen einer leichten Herzmuskelschädigung. Daten des deutschen Krankenkassenverbandes weisen auf eine vermehrte Frühabortrate im Jahr 2021 hin, also im Jahr der Covid-19-Impfpromotion, was den Geburtenrückgang im Jahr 2022 erklären könnte. Gemäss aktueller Impfeempfehlungen des BAG wird schwangeren Frauen ohne Risikofaktoren diesen Winter eine Impfung gegen Covid-19 empfohlen, wenn die behandelnden Ärzte diese im Individualfall als medizinisch indiziert erachten. In der Covid-Impfstrategie des BAG ist nachzulesen: «Wichtig ist, dass die impfwilligen Personen im Rahmen der Aufklärung alle nötigen Informationen erhalten, damit sie die Vor- und Nachteile abwägen und eine freie Entscheidung für oder gegen die Impfung treffen können.» Weiter steht dort: «Der Umstand, dass das BAG in Zusammenarbeit mit der EKIF Impfeempfehlungen erarbeitet und veröffentlicht, begründet jedoch nicht, eine Haftung des BAG beziehungsweise der EKIF, weil die Ärzteschaft nicht dazu verpflichtet ist, diese Empfehlungen und Richtlinien einzuhalten.» Sie sehen, die heisse Kartoffel wird somit an die Ärzte weitergereicht. Wir Ärzte sind somit dringend auf verlässliche kantonale und populationsbezogene Daten bezüglich Nebenwirkungsprofil der mRNA-Impfung angewiesen. Ansonsten können wir die Patienten nicht risikobezogen beraten und informieren. Ich ersuche das Gesundheits- und Sozialdepartement, diese Thematik ernst zu nehmen und die Daten belastbar und ergebnisoffen zu erfassen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Was ist Aufgabe des Kantons, was ist Aufgabe der Wissenschaft und Forschung, und was ist Aufgabe der Berufsgruppen? Die Regierung hat sich in ihren Impfeempfehlungen schon immer auf die Empfehlungen des BAG gestützt. Wir werden das auch jetzt wieder tun. Es gibt nicht nur in der Schweiz einen Geburtenrückgang, auch in anderen Ländern. Auch dazu gab es wissenschaftliche Untersuchungen. Danach gibt es keinen kausalen Zusammenhang zwischen dem Geburtenrückgang und den Impfungen. Auf diese wissenschaftliche Erkenntnis stützt sich auch unsere Regierung. In diesem Sinn sehe ich keine Veranlassung des Gesundheits- und Sozialdepartementes, hier eine Studie in Auftrag zu geben. Das obliegt der Wissenschaft und nicht dem Gesundheits- und Sozialdepartement.